

> welchen Einfluss Sie auf die Landesgesetzgebung nehmen wollen, um zur Verbesserung von Sicherheit, Ordnung, Wohn- und Lebensqualität (u.a. Wiedereinführung von "Sperrstunden") zu ermöglichen und wie Sie mit Fragen zu Verweilverbotzonen und temporärer Videoüberwachung verfahren wollen

Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine zentrale Voraussetzung für Lebensqualität, insbesondere in innerstädtischen Bereichen. In den letzten Wochen gab es dort leider zu viele Vorfälle, die deutlich machen, dass Handlungsbedarf besteht. Ich setze mich daher für eine personelle Stärkung der Polizei sowie der kommunalen Ordnungsbehörden und für eine bessere Zusammenarbeit mit der Polizei ein. Letztlich lässt sich das Sicherheitsgefühl nur durch mehr Präsenz stärken. Dies kann beispielsweise durch eine Altstadtwache oder durch häufigere gemeinsame Streifengänge von Polizei und kommunalem Vollzugsdienst erreicht werden.

Dafür braucht es auch eine Anpassung des Instrumentenkastens. Dazu gehören Maßnahmen wie Aufenthalts- oder Verweilverbote, wenn diese erforderlich sind. Temporäre Videoüberwachung trägt zudem dazu bei, Straftaten besser aufzuklären und wirkt abschreckend. Es gibt inzwischen datenschutzkonforme Systeme, die Daten intelligent verarbeiten können. Dies kann eine sinnvolle Möglichkeit darstellen, um kriminalitätsbelastete Orte gezielt zu entlasten.

Ich halte es für richtig, dass die Kommunen selbst entscheiden können, ob und zu welchen Zeiten Gaststätten, Bars oder Clubs schließen müssen. Solche Regelungen müssen sich an den konkreten örtlichen Gegebenheiten orientieren. Eine einheitliche landesweite Regelung würde der Unterschiedlichkeit der Kommunen nicht gerecht werden. Die Herausforderungen einer historischen Altstadt mit hoher Besucherfrequenz unterscheiden sich deutlich von denen ländlicher Gemeinden oder kleinerer Städte. Deshalb braucht es kommunale Handlungsspielräume, um situationsgerecht und zielgenau reagieren zu können.

> welche Ideen Sie in den Bereichen Zivilschutz (Schutzräume / Angriffe Infrastruktur u.v.m.) und Schutz der Kulturgüter voranbringen möchten

Der Zivil- und Bevölkerungsschutz muss angesichts der veränderten Sicherheitslage wieder stärker in den Fokus rücken. Dazu gehört nicht nur der Schutz kritischer Infrastruktur, sondern auch der Schutz bedeutender Kulturgüter. Historische Gebäude in der Altstadt sind identitätsstiftend und sollten daher stärker in Schutzkonzepte einbezogen werden. Hier sehe ich die Aufgabe des Landes, die Kommunen fachlich zu unterstützen. Kulturgüter müssten beispielsweise bei absehbaren Bedrohungslagen rechtzeitig ausgelagert und gesichert werden.

Aus meiner Sicht wird es in den kommenden Jahren erforderlich sein, Privathaushalte stärker zur Eigenvorsorge zu motivieren, sei es durch das Anlegen von Vorräten oder durch den Ausbau eigener Kellerräumlichkeiten zu Schutzräumen. Gleichzeitig bleibt der Staat in der Verantwortung, vorhandene Strukturen besser zu nutzen. Dazu gehört insbesondere der Ausbau bestehender Gebäude, etwa von Tiefgaragen, zu Schutzräumen, wie es beispielsweise in Israel praktiziert wird.

Der Krieg in der Ukraine hat deutlich gezeigt, dass es vor allem Schutzräume braucht, die schnell wirksamen Splitterschutz bieten. Hier muss das Land den Kommunen dringend

helfen – sowohl finanziell als auch im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für den Zivil- und Bevölkerungsschutz.

> Tourismus prägt die Stadt und die Region. Trotzdem darf Leben und Wohnen dem nicht allein untergeordnet werden. Wie sollte und könnte die Landespolitik (z. Bsp. Beschränkung der Umwidmungen von Wohnraum in Ferienwohnungen) hier regulierend eingreifen?

> Wäre dies auch im Rahmen der Umwandlung von Büroraum in Wohnraum vorstellbar?

Tourismus prägt Koblenz und ist wirtschaftlich wichtig, darf aber das Leben und Wohnen in der Altstadt nicht verdrängen. Wo Wohnraum knapp ist, halte ich regulierende Eingriffe, etwa bei der Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen, für grundsätzlich denkbar. Ziel muss es sein, dauerhaftes Wohnen in der Altstadt zu sichern und Nutzungskonflikte zu begrenzen.

Die Umwandlung von leerstehendem Gewerbe oder Büro- in Wohnraum halte ich für eine sinnvolle Maßnahme. Auf diese Weise können zwei Herausforderungen gleichzeitig angegangen werden: der Leerstand und der Mangel an Wohnraum. Dauerhaftes Wohnen in der Innenstadt trägt zu stabilen Nachbarschaften, einer besseren Auslastung der Nahversorgung und zu mehr Alltag und Leben in der Altstadt bei.

> welche Möglichkeiten sehen Sie herausragende Denkmäler der Altstadt (Alte Burg, Münzmeisterhaus, Florinskirche) in Sanierungsfragen umfänglicher finanziell zu unterstützen

Die CDU in Rheinland-Pfalz misst dem Denkmalschutz ebenso wie ich persönlich einen hohen Stellenwert bei. Herausragende Bauwerke wie die Alte Burg, das Münzmeisterhaus oder die Florinskirche prägen Identität und Geschichte der Altstadt. Wir setzen uns für eine verlässliche und auskömmliche Ausstattung der Denkmalförderprogramme des Landes ein und wollen Kommunen bei besonders bedeutsamen Projekten stärker unterstützen. Ziel ist es, Sanierungen nicht nur punktuell, sondern langfristig planbar zu machen.

> wie könnte organisatorisch und personell die Polizei gestärkt werden, um lokale Probleme (Bestreifung in der Nacht, Kontrolle der Poserszene und Rollerfahrer usw.) besser zu händeln

Um lokale Probleme wie nächtliche Störungen, Poserszenen oder gefährdendes Verhalten von Rollerfahrern wirksam anzugehen, braucht es sowohl organisatorische als auch personelle Verbesserungen bei der Polizei.

Personell ist eine ausreichende und verlässliche Besetzung der Polizeidienststellen entscheidend. Nur mit genügend Einsatzkräften lassen sich regelmäßige Nachtbestreifungen und eine sichtbare Präsenz im öffentlichen Raum sicherstellen. Gleichzeitig müssen Polizistinnen und Polizisten stärker von Verwaltungs- und Nebentätigkeiten entlastet werden, damit sie sich auf Streifendienst und präventive Maßnahmen konzentrieren können.

Organisatorisch halte ich eine engere Verzahnung zwischen Polizei und kommunalem Vollzugsdienst für besonders wichtig. Gemeinsame Streifen erhöhen die Präsenz und ermöglichen ein schnelleres Einschreiten. Ergänzend können feste Einsatzkonzepte, wie sie bereits schon gibt, für die Altstadt helfen, wiederkehrende Störungen gezielt zu adressieren.

Darüber hinaus halte ich es für erforderlich, verstärkt Schwerpunktkontrollen gegen Poser sowie gegen gefährdendes Verhalten von Rollerfahrern durchzuführen. Solche Kontrollen wirken präventiv, erhöhen die Wahrnehmung von Ordnung und zeigen, dass Regelverstöße konsequent verfolgt werden. Gerade an bekannten Treffpunkten und zu bestimmten Zeiten können gezielte Kontrollen dazu beitragen, Lärm, Gefährdungen und Regelverletzungen wirksam einzudämmen.

> welche Ideen (Sonderprogramme) können Sie sich vorstellen, die Nahversorgung (z.B. Lebensmittel) aufrecht zu erhalten, respektive zu verbessern. Sollte nicht ein besonders starkes Augenmerk auf die dezentralen Gesundheitsversorgung gelegt werden?

Die Sicherung der Nahversorgung und insbesondere einer wohnortnahen, dezentralen Gesundheitsversorgung ist ein wichtiges Anliegen. Unser Wahlprogramm legt großen Wert auf eine verlässliche Daseinsvorsorge vor Ort sowie auf die Stärkung von Innenstädten und Ortskernen als lebenswerte Räume für Wohnen, Arbeiten und Versorgung.

Ein besonders starkes Augenmerk sollte dabei auf die dezentrale Gesundheitsversorgung gelegt werden. Ziel ist es, die wohnortnahe ärztliche Versorgung zu sichern, die Niederlassung von Hausärztinnen und Hausärzten zu fördern und Apotheken zu stärken. Kurze Wege, gute Erreichbarkeit und eine alltagstaugliche Versorgung sind dabei zentrale Leitgedanken, die gerade auch für innerstädtische Bereiche von großer Bedeutung sind.

Kommunen sollten hierfür die notwendigen Spielräume erhalten, um auf lokale Besonderheiten reagieren und passende Lösungen zur Sicherung der Nahversorgung und Gesundheitsversorgung entwickeln zu können.

> wie wollen / können Sie die Anstrengung zur klimaresilienten Stadt unterstützen? Wäre es nicht effektiver, wenn Kommunen ihren tatsächlichen Bedarf refinanziert bekämen und nicht allein auf Förderbescheide abstellen müssten?

Um Kommunen wirksam zu unterstützen, halte ich es für notwendig, die bestehenden Förderstrukturen kritisch zu überprüfen. Derzeit gibt es eine Vielzahl von Förderprogrammen, die häufig sehr kleinteilig, bürokratisch und aufwendig ausgestaltet sind. In der Praxis führt das selten dazu, dass Projekte vor allem deshalb angestoßen werden, weil sie dem dringendsten lokalen Bedarf entsprechen.

Ich halte es daher für sinnvoll, die bestehenden Förderprogramme systematisch zu untersuchen und dort, wo nötig, abzubauen. Statt immer neue Programme aufzulegen, sollten Kommunen stärker finanziell in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich zu handeln. Eine CDU-geführte Landesregierung sollte den Städten und Gemeinden hierfür auch Mittel aus den Rücklagen des Landes zur Verfügung stellen.

So könnten Kommunen gezielt in Projekte investieren, die vor Ort tatsächlich notwendig sind – sei es im Bereich der Klimaanpassung, des Wohnens, der dezentralen Gesundheitsversorgung oder der Sicherung der Nahversorgung. Die kommunalen Räte kennen die örtlichen Herausforderungen meist besser als eine Landesregierung und sollten daher mehr Vertrauen und finanzielle Spielräume erhalten.

> wie wollen Sie die laufenden Planungen des Innenstadtmanagements und des Stadtmarketings flankierend begleiten?

Um die laufenden Planungen des Innenstadtmanagements und des Stadtmarketings wirksam flankierend begleiten zu können, brauchen die Kommunen vor allem verlässliche finanzielle Spielräume. Gute Konzepte und engagierte Akteure stoßen schnell an Grenzen, wenn es an ausreichenden Mitteln für Umsetzung, Personal und kontinuierliche Arbeit fehlt.

Ich halte es daher für wichtig, dass das Land den Kommunen mehr Handlungsspielraum einräumt. Anstatt kurzfristiger Projektförderungen sollte es stärker um verlässliche Rahmenbedingungen gehen, die es Städten ermöglichen, Innenstadtmanagement und Stadtmarketing langfristig aufzustellen und an die jeweiligen örtlichen Bedürfnisse anzupassen.

So können Maßnahmen nicht nur geplant, sondern auch nachhaltig umgesetzt werden. Gleichzeitig bleibt die Verantwortung vor Ort, wo die Akteure die Situation, die Herausforderungen und die Potenziale ihrer Innenstadt am besten kennen.

Mit freundlichen Grüßen

Philip Rünz

Landtagskandidat für den Wahlkreis Koblenz